

Zwei gegen einen? Wie die Kreispolitik sich lähmt

Bei großen Themen sind Mehrheitsgruppe und Landrat selten einer Meinung – und das ist nicht der einzige Konflikt. Eine Analyse.

Kreis Hildesheim. Das neue Jahr beginnt in der Hildesheimer Kreispolitik so, wie das alte endete. Mit Diskussionen über den Kita-Vertrag und damit über die Frage, wie die Kindergärten und Krippen im Landkreis künftig finanziert und organisiert werden. Nachdem 2018 in vielerlei Hinsicht kein gutes Jahr für die Politik im Landkreis war, droht 2019 ähnliches Ungemach. Das Klima ist belastet, zum Teil sogar vergiftet. Auch, weil sich das alles vor dem Hintergrund eines Machtkampfes zwischen Kreistags-Mehrheit und Landrat abspielt. Und vielleicht bald auch innerhalb der Kreistags-Mehrheit? Rückblick und Ausblick in der Analyse.

► Das Kali-Debakel:

Trotz einiger kleiner Erfolge – im Großen und Ganzen hat der Landkreis Hildesheim im mehr als ein Jahr dauernden Ringen um das größte Industrieprojekt der vergangenen Jahrzehnte eine schwere Niederlage erlitten. Zweiter Kaliber, Salzwasser-Einleitung in die Innerste – bei den Kernthemen konnte sich der Kreis nicht durchsetzen. Umweltminister Olaf Lies durchkreuzte alle Bemühungen mit einem Federstrich. Juristisch scheint dagegen kein Kraut gewachsen, allem Geschimpfe der Fraktionschefs Klaus Bruer (SPD) und Friedhelm Prior (CDU) zum Trotz.

► Das Kita-Gezerre:

Seit mehr als einem Jahr war klar, das Ende 2018 der Vertrag zwischen Kreis und Kommunen über die Kita-Finanzierung ausläuft. Eine neue Regelung gibt es trotz monatelanger Verhandlungen nicht. Nur einen Entwurf, dem aktuell nicht alle Kommunen zustimmen wollen. Das bringt Unsicherheit für die Bürger: Werden ihre Kommunen die Steuern erhöhen, um die Kita-Ausgaben zu bewältigen? Eine Lösung, die für alle Kommunen gerecht und bezahlbar ist, scheint nicht in Sicht.

► Politik gegen Verwaltung:

Vom Gemeinderat bis zum Bundestag – immer ringen gewählte Volksvertreter und „die Regierung“ um Macht und Einfluss. Doch so heftig wie derzeit im Kreistag geschieht das selten.



Klaus Bruer und Friedhelm Prior zwingen Olaf Levonen (von links) bei wichtigen Themen meist ihren Willen auf.



Auch das lässt sich gut an den beiden Top-Themen Kali und Kitas aufzeigen.

Beim Thema Kali wollten Landrat Olaf Levonen und seine Verwaltung mehrmals grünes Licht für die Pläne von K+S geben. Die Kreistags-Mehrheit bügelte das stets ab. Und machte deutlich, dass Levonens Verwaltung das Thema aus ihrer Sicht nicht mit dem nötigen Tiefgang bearbeitete. Trotz aller Beteuerungen nach außen wurden sich beide Seiten nie über den Kurs einig. Was dazu führte, dass andere Beteiligte nicht mehr so recht wussten, mit wem in Hildesheim sie über das Thema überhaupt reden sollten.

Nicht einmal mehr den Anschein eines gemeinsamen Vorgehens erweckten die SPD/CDU-Mehrheit und Levonen dann beim Thema Kita-Vertrag. Der Landrat stellte den Bürgermeistern sein „letztes Angebot“ vor. Die Kreistags-Mehrheit verhandelte danach aber weiter mit den Kommunen, stockte das vermeintlich letzte Angebot um mehrere Millionen Euro auf.

Ob Kali oder Kita – das Ringen ist auch Ausdruck eines Paradoxons: CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior betont mit einigem Recht die Bedeutung der gewählten Kreistagsmitglieder im demokratischen System. Sie seien für die „Kontrolle“ der Verwaltung zuständig. Was nicht falsch ist. Richtig ist aber auch, dass der Verwaltungschef, also Landrat Levo-

nen, ebenfalls vom Volk gewählt ist. Er ist folglich ebenso wie der Kreistag den Erwartungen seiner Wähler verpflichtet und kann nicht nur Befehlsempfänger des Kreistags sein.

In der gegenwärtigen Praxis führt das zur Blockade: Der Landrat sucht sich keine Rückendeckung bei der Politik, die gibt ihm von sich aus auch keine. Levonen weiß zwar oft, was er will, aber nicht, wie er es durchsetzen soll.

Das Vertrauen dürfte erschüttert sein, ein gemeinsames Vorgehen künftig noch unwahrscheinlicher werden. Ehrgeizige übergeordnete Ziele wie die Stärkung des stetig an Einwohnern und in der Folge an Infrastruktur verlierenden Südkreises lassen sich so kaum erreichen.

► Politik gegen Politik I:

„Diktatur“, „Schwarzer Tag“ – an Superlativen ließen es Redner vor allem von FDP und Grünen in der Kita-Debatte zuletzt nicht fehlen. Stein des Anstoßes: Den massiv veränderten Entwurf zum Kita-Vertrag legten SPD und CDU erst zur Kreistagssitzung auf den Tisch, beharrten aber auf einer sofortigen Abstimmung. Die Oppositionsparteien hatten keine Chance, sich damit auseinanderzusetzen. Eine Diskussion war unmöglich. Eine Situation, die es davor auch schon bei anderen Themen immer wieder gab.

Dass CDU-Fraktionschef Friedhelm Prior darauf hinwies, die anderen Parteien hätten ja

auch mit den Bürgermeistern verhandeln können, sie hätten sich ja nicht gekümmert, ist nicht nachvollziehbar: Mit welcher Autorität hätten Grüne, FDP, Unabhängige, AfD und Linke angesichts der Mehrheiten verhandeln sollen? Hätten sie den Bürgermeistern zusichern können, das Besprochene werde von einer Mehrheit getragen? Die Kritik am Umgang der Mehrheitsgruppe mit dem Rest des Kreistages war berechtigt. Der Kita-Vertrag muss in seiner endgültigen Fassung erneut in den Kreistag.

► Politik gegen Politik II:

Bei den wichtigen Themen bröckelte zuletzt der Rückhalt der Fraktionschefs Bruer und Prior bei ihren eigenen Leuten. In der Kali-Frage waren fast alle SPD- und CDU-Abgeordneten dem Duo gefolgt, viele waren enttäuscht, wie sang- und klanglos der Widerstand am Ende kollabierte.

In der Kita-Frage waren es dann nicht die üblichen paar Verdächtigen, die der Führung die Gefolgschaft verweigerten oder zumindest Zweifel äußerten. Mehrere Abgeordnete stimmten gegen den Vertragsentwurf oder enthielten sich. Zum Teil, weil sie die Belastungen für die Städte und Gemeinden zu hoch fanden, zum Teil, weil sie den Umgang mit den anderen Fraktionen nicht guthießen. Bruer und Prior haben an Autorität eingebüßt. Was nicht von Dauer sein muss angesichts ihres enormen Einsatzes und ihres Fachwissens – wenn sie ihre Parteifreunde wieder mehr mitnehmen.

► Verwaltung gegen Verwaltung:

Aber auch innerhalb der Kreisverwaltung herrscht nicht immer Einigkeit bei wichtigen Themen. Bestes Beispiel ist das Gymna-

sium Sarstedt: Baudezernent Eckhard Speer hat öffentlich erklärt, eine Sanierung sei genauso teuer wie ein Neubau. Auf Letzteren hoffen seither viele in Sarstedt. Landrat Levonen freilich kann sich eine Investition von gut 30 Millionen Euro in eine einzige Schule nicht vorstellen. Das Thema birgt Konfliktpotenzial, zumal es auch innerhalb der Mehrheitsfraktionen umstritten ist.

► Was gut lief:

Es gibt insbesondere zwei Themen, die auch viele Bürger direkt betreffen, bei denen der Landkreis im Vorjahr gut vorangekommen ist und bei denen er auch im neuen Jahr Verbesserungen erzielen könnte: Die Hochwasserschutz-Projekte werden deutlich schneller umgesetzt als vergleichbare Vorhaben nach den Überschwemmungen von 2007. Und durch die Kooperation mit Goslar und Salzgitter zum Hochwasserschutz an der Innerste und ihren Zuflüssen werden Landkreis und Stadt Hildesheim sogar landesweit zu Vorbildern. Behalten die Verantwortlichen das Tempo bei, stellen sie 2017 verlorenes Vertrauen wieder her.

Zudem hat der Landkreis die Busverbindungen gerade in Teilen des Südkreises verbessert und mit der Einführung und dem Fahrkarten-Verkauf für Niedersachsensenticket in den Stadt- und Regionalbussen den öffentlichen Nahverkehr vom finanziellen und organisatorischen Aufwand her attraktiver gemacht.



Von Tarek Abu Ajamieh